
Anlagen

1. *Fragenkatalog zur Anhörung „Erfassung und Einbindung des Menschen im SED-Staat: Zur Rolle der Blockparteien und Massenorganisationen“ am 11.12.1992, Bonn, Bundeshaus*
- 1) Welche Rolle war den Blockparteien und Massenorganisationen und ihren Mitgliedern von der SED zugewiesen? Welchen Einfluß machte die SED auf Entstehung sowie innere und äußere Gestaltung der Blockparteien und Massenorganisationen geltend (institutionalisierte Anleitung, politische Programme, Mitglieder- und Funktionärsauswahl etc.)?
- 2) Welche Formen der Abhängigkeit und Selbständigkeit bestanden für Blockparteien und Massenorganisationen gegenüber der „führenden Rolle“ der SED?
- 3) Welche Motive haben Menschen zum Eintritt in eine Blockpartei oder Massenorganisation veranlaßt bzw. welche Werbungsmechanismen wurden zur Mitgliedergewinnung eingesetzt?
- 4) Wie war das Verhältnis zwischen oberer Hierarchieebene und Basis bei den Blockparteien und Massenorganisationen gekennzeichnet?
- 5) Welche Bedeutung kam den innerdeutschen Auseinandersetzungen in den Blockparteien und Massenorganisationen zu?
- 6) Welche Rolle und Funktion spielten die Blockparteien und Massenorganisationen während der Krise der DDR gegen Ende der achtziger Jahre und in der Umbruchphase 1989/90?
- 7) Wie gingen bzw. gehen die Blockparteien und Massenorganisationen mit ihrer DDR-Vergangenheit um?
2. *Thesenpapier von Prof. Dr. Karlheinz Blaschke*
- 1) Die bürgerlichen Parteien sind nach dem deutschen Zusammenbruch 1945 auf dem Boden der späteren DDR von Männern und Frauen gegründet worden, die bis 1933 im politischen Leben gestanden und über die zwölf Jahre der Hitlerdiktatur hinweg sich den Willen zu einem demokratischen Neubeginn erhalten hatten. Es ging ihnen um den Wiederaufbau der parlamentarischen Demokratie und des Rechtsstaates. Einige von ihnen hatten Verfolgungen erlitten. Sie wurden anfangs von der sowjetischen Besatzungsmacht geachtet, zumal die bürgerlichen Parteien im Sinne der anfänglichen sowjetischen Deutschlandpolitik das Bild einer pluralistischen Demokratie darstellen sollten.
- 2) Mit der Verschlechterung der weltpolitischen Lage in Richtung auf den Kalten Krieg und besonders mit der allmählichen Übernahme von

Zuständigkeiten durch deutsche Kommunisten wurden die bürgerlichen Parteien benachteiligt, ihre führenden Persönlichkeiten kritisiert, öffentlich diffamiert, z.T. verhaftet und auf gewaltsame Weise ausgeschaltet. Sie wurden durch willfähige Leute aus den eigenen Reihen ersetzt, so daß die beiden alten bürgerlichen Parteien CDU und LDP auf ihren Führungsebenen schließlich gleichgeschaltet wurden, während die auf Betreiben der SED gegründeten beiden neuen Parteien DBD und NDP von Anfang an als Hilfstuppen unter bis dahin kommunistischen Funktionären als Vorsitzenden wirkten.

- 3) Auf zentraler Ebene der Parteileitungen und auf den Parteitag erwiesen sich die vier „verbündeten“ Parteien als verlängerte Arme der SED mit der Aufgabe, die Politik der SED in den noch vorhandenen bürgerlichen und christlichen Teilen der Bevölkerung durchzusetzen. Sie verzichteten auf eigene Parteiprogramme, was allein ihre Existenzberechtigung in Frage stellte, und machten sich zu willigen Propagandisten des jeweils neuesten Programms der SED. Sie ließen es geschehen, daß die SED bei der Besetzung von Leitungsposten in den Blockparteien und bei der Benennung von Kandidaten für Volksvertretungen aus diesen Parteien eine Aufsicht führte, um unliebsame Kandidaten auszuschalten, und daß die parteieigene Presse von der SED ständig kontrolliert wurde, was bis zur Abberufung von Redakteuren ging.
- 4) Trotz der Korrumpierung der Spitzenvertreter auf zentraler Ebene und trotz der Anpassungsbereitschaft führender Funktionäre auf den mittleren und unteren Leitungsebenen organisierten sich in den Blockparteien einige hunderttausend DDR-Bürger, die damit ihren Willen ausdrückten, sich von der SED zu unterscheiden. Bei den älteren Mitgliedern ist dabei an die Vorstellung zu denken, die Ziele der Gründerzeit von 1945 doch noch verfolgen zu können. Später hinzugekommene, vor allem auch junge Mitglieder sind in die Parteien eingetreten, um ihr Anderssein gegenüber der SED zu bekunden, um gegenüber Anwerbungsversuchen der SED ein Alibi zu besitzen oder um von der Basis einer vormals als staatstragend bezeichneten Partei aus die zwar geringen, aber dennoch gegebenen Möglichkeiten zur Mitwirkung am öffentlichen Leben wahrzunehmen.
- 5) In den Ortsgruppen der Blockparteien fanden sich Menschen zusammen, denen es bewußt war, daß ihnen ihre Parteimitgliedschaft im allgemeinen, anders als die Mitgliedschaft in der SED, keine beruflichen oder anderen materiellen Vorteile einbrachte. Die Zugehörigkeit zu einer nichtkommunistischen Partei bedeute für sie eine Vergewisserung ihres abweichenden, z.T. auch nonkonformistischen Standpunktes. Gemeinschaft und Gedankenaustausch innerhalb der Ortsgruppen dienten der gegenseitigen moralischen Stärkung und halfen beim Durchstehen einer nicht grund-

sätzlich bejahten, wohl aber ohne Gegenwehr hingenommenen und damit anerkannten politischen Situation.

- 6) Vertreter der Blockparteien in den Volksvertretungen auf Gemeinde-, Kreis- und Bezirksebene haben sich innerhalb der gesetzten Grenzen in achtunggebender Weise für die Interessen der Menschen eingesetzt und in den unabänderlichen, von der SED-Herrschaft geschaffenen Rahmenbedingungen den vorhandenen Spielraum genutzt, um Härten zu mildern, schroffe Gegensätze auszugleichen und die Lebensbedingungen insgesamt erträglicher zu machen. Während auf zentraler Ebene die Volkskammerfraktionen der Blockparteien an den großen Entscheidungen nichts ändern konnten, war es den Vertretern in den genannten Gremien möglich, an der Regelung der kleinen Verhältnisse mitzuwirken, in denen sich das tägliche Leben eigentlich vollzieht.
- 7) Zwischen den Führungskräften der Blockparteien und den Parteimitgliedern in den Ortsgruppen bestanden wesentliche, spürbare Unterschiede in bezug auf das Bekenntnis zu den politischen Verhältnissen in der DDR und zur führenden Stellung der SED. Während diese Gegebenheiten auf der höchsten Ebene voll anerkannt und bejaht und in oft peinlich wirkenden öffentlichen Erklärungen immer wieder beteuert wurden, herrschte im Parteivolk eine Stimmung, die von der Einsicht in die Unausweichlichkeit der gegebenen Verhältnisse getragen war. Die von der SED geschaffenen Machtverhältnisse gestatteten es nicht, daß die Parteibasis gegen die Parteispitze aufbegehrte und dadurch von unten her auf demokratischem Wege eine Veränderung bewirkt wurde.
- 8) Das Bedürfnis der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED, in der DDR nach außen hin ein Mehrparteiensystem vorzuführen, und die unbedingte Hörigkeit der Führungspersonen verschaffte den Blockparteien insgesamt ein z. B. widerwillig gewährtes, aber doch formal zugestandenes gewisses Ansehen innerhalb der staatlichen und gesellschaftlichen Struktur der DDR, so daß ihre Mitglieder in gewählten Entscheidungsgremien notwendig waren und im Berufsleben gewisse Aufstiegsmöglichkeiten bis zu einer mittleren Leitungsebene besaßen. Auf diese Weise konnten qualifizierte Kräfte im wirtschaftlichen, technischen, medizinischen und naturwissenschaftlichen Bereich unter Anerkennung ihrer Parteimitgliedschaft in begrenztem Maße berufliche Leitungspositionen erlangen, ihre Fähigkeiten nutzbar machen und mit ihrer fachlichen Kompetenz einen für die ganze Gesellschaft wertvollen Dienst leisten.
- 9) Zwischen den Blockparteien ließ sich niemals eine Solidarität der „bürgerlichen“ Kräfte gegenüber der SED erkennen, aus der heraus etwa ein gemeinsames Handeln für eine Beseitigung oder wenigstens Modifizierung des starren politischen und wirtschaftlichen Systems möglich gewesen wäre. Auch in der Schlußphase der DDR im Herbst 1989 kam es nicht

zu einem Zusammenwirken, aus dem sich in der offensichtlich gewordenen Schwäche der SED die Übernahme der politischen Verantwortung durch die Parteien ergeben hätte, die sich jetzt wieder ihrer ursprünglichen Selbständigkeit hätten bewußt werden können. Die Verstrickung der Parteiführungen in das Herrschaftssystem der SED und das Maß ihrer Korruptiertheit haben eine derartige Möglichkeit ausgeschlossen. Von geringen Ausnahmen abgesehen gingen von den Blockparteien der DDR keine Initiativen zu Kontakten mit westdeutschen politischen Kräften aus, während sie umgekehrt auch nicht von diesen Kräften angesprochen wurden. Der deutsch-deutsche Dialog war das Monopol der SED, daneben wurde er nur auf kirchlicher Ebene geführt.

- 10) In der Mitgliedschaft der Blockparteien regten sich im Herbst 1989 Kräfte, die auf die Rückbesinnung auf demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze aus der Gründerzeit gerichtet waren und sich wirksam in die Vorgänge einschalteten, die zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft führten. In der Asche der DDR-Verhältnisse war eine Glut liegengeblieben, die zum geeigneten Zeitpunkt wieder aufflackern konnte. Gegenüber der spontanen Bewegung aus dem Volk haben diese Kräfte aber keine entscheidende Rolle gespielt.

Es bleibt eine offene Frage, ob das Fortbestehen der bürgerlichen Parteien nach ihrer Gleichschaltung trotz aller Anpassung an das SED-Regime als richtig einzuschätzen ist oder ob diese Parteien richtig gehandelt hätten, wenn sie es auf eine totale Konfrontation mit dem Risiko des Verbots hätten ankommen lassen sollen.

3. *Zusammenfassung der Ergebnisse einer Befragung von Vertretern unterschiedlicher Leitungsebenen und Mitarbeitern des Zentralverbandes der LDPD*

Im Vorfeld der Anhörung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages zur Thematik „Rolle der Blockparteien und Massenorganisationen“ am 11.12.1992 führte der Bundestagsabgeordnete Dr. Jürgen Schmieder Gespräche mit dem oben genannten Personenkreis, die er zusammengefaßt für geeignet erachtet, dem Protokoll der Anhörung als Anlage anzufügen. Die vorliegende Niederschrift orientiert sich an einem Aufsatz eines ehemals beim Zentralverband beschäftigten Mitarbeiters.

Die Liberaldemokratische Partei Deutschland in der SBZ bzw. DDR

I.

Die am 5. Juli 1945 in Berlin gegründete LDP erhob klassische liberale Vorstellungen und Forderungen zu ihren programmatischen Leitsätzen:

- Privateigentum und freie Wirtschaft.
- Demokratischer Rechtsstaat, unabhängige Richter, Berufsbeamtentum.
- Parlamentarische Demokratie und politischer Pluralismus.
- Uneingeschränkte politische Freiheiten.
- Trennung von Staat und Kirche.
- Auf Frieden gerichtete Außenpolitik.
- Achtung der Würde des Menschen, Ablehnung des Rassengedankens und des Klassenkampfes.

Im Unterschied zur CDU (und auch der SPD, ganz zu schweigen von der KPD) Zurückhaltung hinsichtlich der Abrechnung mit der Vergangenheit:

- Keine Frontstellung gegen „Monopole“ (die Enteignungen eingeschlossen hätte)
- Keine „antikapitalistischen“ Töne (wie SPD und auch CDU)
- Zwar „Neugestaltung des Gemeinschaftslebens“, aber auf demokratischem Wege und auf rechtsstaatlicher Grundlage.

Entscheidungen sollten einer deutschen Volksvertretung obliegen, die aus freien Wahlen hervorgegangen sein mußte.

Die LDPD signalisierte: Keine revolutionäre Weichenstellung, auch nicht unter antifaschistischem Vorzeichen (wie sie KPD und SPD ankündigten), schon gar nicht „Neugestaltung“ nur in der sowjetischen Besatzungszone.

Für die LDP bestand 1945 die potentielle Gefahr, sich in Widerspruch zu allen vier Besatzungsmächten zu setzen, die mit den Potsdamer Beschlüssen ihrer Absicht Ausdruck gegeben hatten, kraft ihres Rechts als Sieger unabhängig vom Willen des deutschen Volkes (artikuliert in Wahlen, die im Sommer 1945 für unabsehbare Zeit ausgeschlossen schienen) die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Deutschland zu gestalten.

Die LDP ging davon aus, daß es notwendig sei, mit den anderen Parteien zusammenzuarbeiten. Zusammenarbeit zur Behebung der Kriegsfolgen und der Notsituation war in allen vier Besatzungszonen die Regel (Stadtverwaltungen und Landesbehörden unter Einbeziehung von Kommunisten).

Die konkrete Situation in der Sowjetischen Besatzungszone ließen der LDP keine Alternative als die Beteiligung an der „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ (Block):

- Der Druck, der von der Besatzungsmacht favorisierten KPD,

- die Position der SPD (die „Koalitionspolitik“ zum Zwecke der Realisierung parlamentarischer und rechtsstaatlicher Ordnungsprinzipien ausschloß),
- der „Antinazismus“ der CDU-Führung im Osten.

Entscheidend aber war die SMAD. Sie machte die Zulassung der LDP von der Zustimmung zum Block abhängig und sie registrierte LDP-Ortsverbände (Ortsverbände mußten in jedem Einzelfall von der zuständigen sowjetischen Kommandantur genehmigt werden) nur dann, wenn sie mit der Registrierung die Arbeit im Blockausschuß aufnahmen!

Die LDP zeigte sich nicht der KPD gefügig (wie sich Wolfgang Leonhard erinnert); sie beugte sich der Besatzungsmacht, weil von ihr der Wirkungsraum der Partei abhing.

In Betracht zu ziehen ist, daß sich die KPD zu einer antifaschistischen Demokratie auf parlamentarischer Grundlage bekannte und die freie Wirtschaft nicht abschaffen wollte.

Im Herbst 1945 eingeleitete Enteignungsmaßnahmen (Bodenreform) fanden die Unterstützung der SPD, schienen den Potsdamer Beschlüssen zu entsprechen, jedenfalls wurden sie von den drei Westmächten ohne für die LDP erkennbaren Widerspruch hingenommen, und waren begleitet von massiven Drohungen der SMAD.

Protest wie der des LDP-Vorsitzenden Waldemar Koch gegen die Rigorosität der Bodenreform Herbst 1945 erwies sich als wirkungslos. Weder beeinflusste er die SMAD, noch beeindruckte er die westlichen Besatzungsmächte. Deutsche Parteien im Westen nahmen Kochs Argumentation, Enteignungen dürften nur im Rahmen einer „Reichsreform“ vollzogen werden, nicht zur Kenntnis.

II.

Mit dem Offenkundigwerden der volksdemokratischen Ziele der SMAD und SED entwickelte die LDP eine Verzögerungsstrategie:

- Festhalten an liberalen Grundsätzen (2. Parteitag 1947 und insbesondere Eisenacher Programm 1949 sowie Landesparteitage 1945/47).
- Bemühungen, die Politik der SED zu entschärfen (u. a. Ringen um die Länderverfassungen; Eingrenzung der Enteignungsaktionen, d. h. der Schutz von Mittelstand und Handwerk).
- Versuche, Opposition in Landtagen und kommunalen Körperschaften zu machen.

Widerstand bedeutete in Anbetracht der konkreten Machtverhältnisse Widerstand gegen die SMAD. Das hielt die LDP-Führung für ausgeschlossen (Verbot der Kommunalwahlen 1948, Verbot ihres 3. Parteitages im Sommer 1948, Ausschaltung von LDP-Politikern in Ländern und Kommunen).

Die einzige Chance erblickte die LDP in der Einheit Deutschlands auf freiheitlich-demokratischer Grundlage. Sie hing ab von den Vier Mächten. Als Verantwortung deutscher Politik begriff die LDP, den Willen der Deutschen zur Einheit zu artikulieren und insofern auf die Vier Mächte einzuwirken. Je mehr sich der Kalte Krieg verschärfte, desto illusionärer wurde diese Position. Trotzdem hielt man daran fest. Sie erklärt

- Initiativen im Umfeld von Vier-Mächte-Konferenzen (z. B. 1947 im Zusammenhang mit der Londoner Konferenz);
- Bemühungen, deutsche Parteien in allen Besatzungszonen in dieser Frage zusammenzuführen;
- Beteiligung an der Volkskongreßbewegung 1947/48.

Kristallisationspunkt sollte eine gesamtdeutsche liberale Partei bilden und zudem bei gesamtdeutschen Wahlen eine linksorientierte Mehrheit verhindern. Da Moskau aus seinen Gründen „Einheitserhaltungspolitik“ trieb, begleitete die SMAD die Bemühungen der LDP wohlwollend, sofern sie sowjetische Zielsetzungen unterstützte, außerordentlich mißtrauisch hingegen, was die gesamtdeutschen Parteiambitionen betraf.

III.

Nach Gründung der Bundesrepublik hielt die LDP-Führung die Konstituierung eines ostdeutschen Staates für unvermeidlich. Die LDP stellte sich dem Führungsanspruch der SED entgegen, indem sie

- sich als Verfassungspartei zu profilieren suchte (die DDR-Verfassung war in wesentlichen Punkten an der Verfassung der Weimarer Republik orientiert);
- sich als die Wiedervereinigungspartei darstellte und
- sich als die Partei für die Neutralität der beiden deutschen Staaten darum bemühte, die Ostbindung der DDR in Grenzen zu halten.

Diese Strategie beruhte auf Voraussetzungen, die es so nicht gab, nämlich

- auf der Erwartung, bei Wahlen in der DDR Ergebnisse zu erzielen, die Politik ohne oder gegen die LDP unmöglich machen würden;
- auf der Überzeugung, die Mehrheit der Deutschen würde für die sofortige Wiedervereinigung votieren, wenn sie Gelegenheit dazu erhielten;
- auf der Annahme, in Moskau gebe es Kräfte, die die DDR als „Spielmaterial“ in der Ost-West-Auseinandersetzung benutzen und daher die LDP als potentiellen Faktor gegen die SED in der Rückhand behalten wollten.

Die Strategie brach im Zusammenhang mit den Einheitslistenwahlen 1950 völlig zusammen. Die LDP-Führung beugte sich dem Druck der SED:

Ihr oppositioneller Kern war bis dahin zerschlagen (u. a. Widerstandskreis

um Arno Esch). Kastner und Generalsekretär Stempel (als die wichtigsten Vertreter der LDP-Strategie) waren ausgeschaltet bzw. verhaftet. Die Hoffnung auf sowjetische Kreise erwies sich als Illusion.

Mit Herbert Täschner, dem Nachfolger Stempels im Amt des Generalsekretärs, hatte die SED eine Vertrauensperson in der engeren Führung der LDP. Hamann vermochte sich gegen Täschner und Loch, der auf den Kurs der SED eingeschwenkt war, nicht durchzusetzen.

Hamann war bemüht, das Schlimmste (die gänzliche Ausschaltung der Partei) zu verhüten bzw. solange wie möglich hinauszuschieben; ohne daß die Absicht so deutlich je formuliert wurde, ging das Bestreben von Hamann (unterstützt von Ralph Liebler, Vorsitzender der Volkskammer-Fraktion) dahin, die LDP als „Zufluchtsstätte“ (Nische) zu erhalten.

Wie sehr der SED 1951/53 selbst eine solche Partei gegen den Strich ging, dokumentieren die Verhaftung Hamanns, die Isolierung Lieblers und die weitgehende Austrocknung der Partei durch massiven Druck und Verfolgung.

IV.

Kennzeichnend für die LDP im Sozialismus waren Anpassung („Verbündeter“ der SED) und vorsichtige Auseinandersetzung. Als politische Organisation brachte die LDP auch „politischen Eigensinn“ (Dr. Suckut, Mannheim) hervor, um einerseits ihrer Funktion im System gerecht zu werden (andernfalls wäre niemand Mitglied geworden) und andererseits Nische oder Zuflucht sein zu können.

Die LDP im Sozialismus verkörperte Zustimmung im Prinzipiellen und Widerspruch im Einzelfall. Die Anerkennung der führenden Rolle der SED war die unabdingbare Voraussetzung

- für weltanschauliche Ungebundenheit. Jeder konnte in der LDP nach seiner „Fasson selig“ werden, was angesichts der Dominanz des Marxismus/Leninismus für zahlreiche Mitglieder existentielle Bedeutung erlangte;
- für die Wahrnehmung konkreter Interessen der Mitglieder und Bevölkerungsgruppen.

Weltanschauliche Offenheit, Interessenvertretung und ein gewisses Maß an innerparteilicher Demokratie machten die LDP sowohl zur Nische als auch zum Medium kritischer Stimmen.

Im Oktober 1956 konstatierte ein interner SED-Bericht: „Breite Kreise der Mitglieder lehnen nach wie vor die führende Rolle der Arbeiterklasse ab . . . Die Forderung nach Listenwahlen tritt wieder stärker hervor.“ Gefordert werde ferner „Kontaktaufnahme mit der F.D.P.“, etwa 50 % der Liberaldemokraten „erhofften sich aus dieser Verbindung eine neue Orientierung der LDP“.

An anderer Stelle hieß es, die LDP gehe dazu über, „stärker Kritik an Maßnahmen des Staatsapparates zu üben“.

Der Bericht stellte abschließend fest: „Die Vorgänge in Polen und Ungarn haben die schwankende bzw. feindliche Haltung noch verstärkt.“

Politbüromitglied Matern wurde im April 1957 über „unklare bzw. feindliche Auffassungen in der LDP“ und von „einer falschen Linie der zentralen Parteileitung“ informiert, die darauf hinauslaufe, „die LDP unbedingt zahlenmäßig zu verstärken“.

Die Auswahl der Zitate aus SED-internen Einschätzungen ist repräsentativ für die Zeit von Anfang der 50er Jahre bis zur Wende 1989. Sie entlasten die LDP-Führung nicht von feigem Opportunismus, moralischem Versagen und politischer Schuld. Sie belegen auf besondere Weise

- das in der LDP organisierte SED-kritische Potential;
- die Unsinnigkeit der Behauptung, LDP-Mitglieder seien nicht nur „Blockflöten“ gewesen, sondern hätten aufgrund ihrer Mitgliedschaft in einer „SED-nahen Organisation“ Privilegien genossen;
- daß, was einzelne Mitglieder und LDP-Verbände (Ortsgruppen, Arbeitskreise, Kreisvorstände usw.) angeht, unterschieden werden muß zwischen verbalen politischen Bekenntnissen und alltäglichem Verhalten;
- Bemühungen, „DDR-Legalität“ bis an ihre Grenzen auszureizen; das bezieht sich auf Gesetze und Vorschriften und noch mehr auf ungeschriebene politische Regeln und Verfahrensweisen;
- daß LDP-Mitglieder, um elementare Lebenserfordernisse sicherzustellen, in zahlreichen Gremien (u. a. in der Nationalen Front) mit der SED notwendigerweise zusammenzuarbeiten.

Die in der LDP stets vorhandene demokratische Grundstimmung gewann mit Gorbatschow allmählich reformpolitische Konturen und ließ die Partei im Herbst 1989 zu einem Wegbereiter der Wende werden.

gezeichnet: Dr. Schmieder

Bonn, 11.12.1992

4. *Hans-Hermann Hertle: Funktion und Bedeutung der Massenorganisationen in der DDR am Beispiel des FDGB (Manuskriptfassung)*

I.

Zur Absicherung ihres Herrschaftssystems und bei der Durchsetzung ihrer Politik stützte sich die SED neben den Blockparteien auf ein Netz von Massenorganisationen – wie z. B. den FDGB, die FDJ, den DFD, die DSF, den DTSB, die Volkssolidarität, die GST u. a. –, die alle sozialen Gruppen und Schichten der Gesellschaft entlang ihrer sozialen, kulturellen,

wissenschaftlichen, sportlichen u. a. Interessen organisierten bzw. organisieren sollten.

Das weitverzweigte Kapillarenetz der Massenorganisationen in die Tiefen und Verästelungen der Gesellschaft machte sie für die SED als Transmissions- und Kontrollorgan und für das MfS als Informationsbeschaffungs- und Beeinflussungsinstrumente besonders attraktiv; jede durch sie erhaltene Information mußte zudem nicht mit eigenen Mitteln erarbeitet oder wie im Falle des MfS konspirativ erspäht werden.

Politische Ideologie- und Verhaltenskontrolle in ihren vielfältigen Formen und im organisierten Zusammenspiel zwischen der SED, den Massenorganisationen und dem MfS war im SED-Herrschaftssystem das funktionale Äquivalent zur Intermediarität autonomer gesellschaftlicher Organisationen und politischer Institutionen in pluralistisch verfaßten westlichen Demokratien und eine wesentliche Bestandsbedingung der kommunistischen Diktatur.

Entgegen Tendenzen in der westdeutschen DDR-Forschung vor 1989, dem FDGB eine wachsende Bedeutung als eigenständiger Interessenorganisation („interest group“) im politischen System der DDR zuzuschreiben, möchte ich im folgenden die These belegen und zur Diskussion stellen, daß der FDGB in seiner Hauptfunktion auf Transmission und Kontrolle ausgerichtet war, und entsprechend von einer wie auch immer gearteten „Interessenorganisation“ in seinem Zusammenhang kaum die Rede sein kann.

II.

Zunächst zur Steuerung des FDGB durch die SED: Der FDGB war mit 9,6 Millionen Mitgliedern nicht nur die größte Massenorganisation der SED, sondern mit seiner nahezu totalen Erfassung aller Beschäftigten (9 613 059 Mitglieder; Organisationsgrad 1989: 97,4 Prozent; am 1. Januar 1989 waren exakt 207 356 Beschäftigte nicht im FDGB organisiert) zugleich die wichtigste.¹ Mit seiner Präsenz in allen Betrieben und Verwaltungen, 351 792 FDGB-Gruppen, 25 403 Abteilungsgewerkschaftsorganisationen, 47 477 Betriebsgewerkschaftsorganisationen², 1 698 Kreisvorständen der Fachabteilungen, 237 FDGB-Kreisvorständen, 211 Bezirksvorständen der Fachabteilungen und 15 FDGB-Bezirksvorständen verfügte der FDGB von den Betrieben bis in die Bezirke über den dichtesten, flächendeckendsten politischen Apparat der DDR, mit den annähernd einer Milliarde Mark Einnahmen alleine aus Mitgliedsbeiträgen größten jährlichen Finanzzetat und mit 16 250 hauptamtlichen Kadern (1987) über die meisten politischen Funktionäre aller Massenorganisationen.

1 Vgl. Bundesvorstand des FDGB/Abteilung Organisation, Statistische Übersichten. Ergebnisse der Gewerkschaftswahlen 1989, o.O. (Berlin-Ost), o.J. (1989), S. 3

2 Vgl. ebd.

Die Monopolstellung des FDGB war in der Verfassung der DDR (Art. 44, Abs. 1)³ und im Arbeitsgesetzbuch rechtlich abgesichert. Die ihm in Art. 44, Abs. 2 zugesprochene Unabhängigkeit⁴ nahm er in der Weise für sich in Anspruch, daß er sich Art. 1 der Verfassung⁵ und dem SED-Parteistatut als Supra-Verfassung unterwarf.⁶ In seiner Satzung anerkannte er den Führungsanspruch der SED und bekannte sich zum Marxismus-Leninismus als ideologischer Grundlage seiner Arbeit.⁷

Dieser Führungsanspruch der SED wurde im FDGB mit administrativ-zentralistischen Maßnahmen durchgesetzt:

- FDGB-Kongresse fanden zeitlich stets unmittelbar nach den SED-Parteitagen statt; für die Wahl der Delegierten gab es Vorgaben des Bundesvorstandes für die Bezirksvorstände des FDGB und die Zentralvorstände der Industriegewerkschaften/Gewerkschaften. Diese betrafen die parteipolitische, soziale und berufliche Zusammensetzung der Delegierten.
- Das Politbüro setzte den FDGB-Vorsitzenden und seinen Stellvertreter vor der Wahl auf dem Kongreß faktisch ein.⁸

3 Art. 44, Abs. 1 der DDR-Verfassung lautete: „Die freien Gewerkschaften, vereinigt im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, sind die umfassende Klassenorganisation der Arbeiterklasse. Sie nehmen die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz durch umfassende Mitbestimmung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft wahr.“

4 Art. 44, Abs. 2: „Die Gewerkschaften sind unabhängig. Niemand darf sie in ihrer Tätigkeit einschränken oder behindern.“

5 Art. 1, Satz 1 der DDR-Verfassung lautet: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.“

6 In Artikel 1 der Verfassung der DDR hatte die SED ihren Führungsanspruch in Staat und Gesellschaft festgeschrieben. In der Präambel ihres Parteistatut definierte sich die SED als „höchste Form der gesellschaftlich-politischen Organisation der Arbeiterklasse“ und als „führende Kraft der sozialistischen Gesellschaft, aller Organisationen der Arbeiterklasse und der Werktätigen, der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen“.

7 In der Präambel der Satzung heißt es: „Unter Führung der SED wirken die Gewerkschaften für die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, mit der grundlegende Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus in der DDR geschaffen werden. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund anerkennt die führende Rolle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, des bewußten und organisierten Vortrupps der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes in der sozialistischen DDR. Er steht fest zur sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, zu ihrem Zentralkomitee und schließt die Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz eng um die Partei zusammen. Als Organisation der machtausübenden Klasse sind die Gewerkschaften berufen, in der weiteren Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus als Schulen des Sozialismus und Kommunismus, als Interessenvertreter der Arbeiterklasse und aller Werktätigen die schöpferische Aktivität, das sozialistische Arbeiten, Lernen und Leben der Millionen Gewerkschafter so zu entfalten, daß die Ideen von Marx, Engels und Lenin das Leben in der DDR immer mehr prägen und ihre Vollendung finden“ (Hervorheb. v.d. Verf.).

8 Beschluß des Politbüros vom 7.4.1987 (der 11. FDGB-Kongreß begann am 22.4.1987): „Als Vorsitzender des Bundesvorstandes des FDGB wird Genosse Harry Tisch, als Stellvertreter des Vorsitzenden des Bundesvorstandes des FDGB wird Genossin Johanna Töpfer bestätigt“ (vgl. Vertrauliche Verschlusssache, ZK 02-Politbüro – Beschlüsse – 14/87 vom 7.4.1987). – Selbst Reden des FDGB-Vorsitzenden wurden im Politbüro redigiert. Im FDGB-Archiv ist das von Honecker handschriftlich korrigierte Manuskript der Rede Tisches vor dem 11. FDGB-Kongreß überliefert.

- Die Zusammensetzung des Sekretariats, des Präsidiums und des Bundesvorstandes wurde vor seiner Wahl stets im ZK-Sekretariat „bestätigt“. Von den 240 Mitgliedern und Kandidaten gehörten 79,6 Prozent der SED und 0,4 Prozent der CDU an; 20 Prozent waren parteilos.⁹
- In der politischen und administrativen Arbeit wurde der Führungsanspruch über die „Geschäftsordnung für den Apparat des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“ durchgesetzt, in der die Beschlüsse und Dokumente der SED als vorrangige Grundlage der Tätigkeit der Abteilungen des Bundesvorstandes des FDGB festgeschrieben waren, und durch die ZK-Abteilung „Gewerkschaften und Sozialpolitik“ überwacht.¹⁰ Das Sekretariat des FDGB tagte mittwochs, um so die Beschlüsse der vorangegangenen dienstäglichen Politbüro-Sitzungen für den FDGB „auswerten“ zu können; Sitzungen des FDGB-Bundesvorstandes gingen stets Sitzungen der SED-Parteigruppe dieses Gremiums voraus, auf denen die politische Linie „festgeklopft“ wurde.
- Die „erfolgreiche Verwirklichung der Beschlüsse“ der jeweiligen SED-Parteitage in der täglichen Arbeit der FDGB-Funktionäre besorgte und überwachte – neben der ZK-Abteilung – die „Kreisleitung der SED der zentralen Organe der Gewerkschaften“, die der eigens für die SED-Mitglieder in den Apparaten des FDGB-Bundesvorstandes und der in Berlin ansässigen Fachabteilungen („Industriegewerkschaften/Gewerkschaften“) gebildeten SED-Kreisparteiorganisation vorstand. Diese rund 1 500 Mitglieder starke Kreisparteiorganisation untergliederte sich in 31 Grundorganisationen mit 11 Abteilungsparteiorganisationen und 69 Parteigruppen.¹¹

Aufgabe und Selbstverständnis des Sekretariats dieser SED-Kreisleitung umriß dessen 1. Sekretär Gerhard Knabe in seinem Rechenschaftsbericht auf der Kreisdelegiertenkonferenz 1981 folgendermaßen: „In der Berichtsperiode ging es uns stets darum, die Beschlüsse des IX. Parteitages in ihrer Gesamtheit verwirklichen zu helfen, allen Genossen die neuen Bedingungen unseres Kampfes bewußt zu machen und überall – vor allem nach der 11. Tagung des ZK der SED – die Kampfpositionen zu den anspruchsvollen innen- und außenpolitischen Aufgaben der achtziger Jahre herauszubilden. Das Anliegen der Führungstätigkeit der Kreisleitung und

9 Nach Parteizugehörigkeit aufgeschlüsselt, ergab sich folgende Zusammensetzung des auf dem 11. FDGB-Kongreß eingesetzten Bundesvorstandes; 79,6 % SED (1982: 78,8 %), 0,4 % CDU (1982: 0,4 %), 20 % Parteilose (1982: 20,8 %). Vgl. Statistik Kadermäßige Zusammensetzung des auf dem 11. FDGB-Kongreß zu wählenden Bundesvorstandes, o.O., o.J.

10 Vgl. „Geschäftsordnung für den Apparat des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats S 605/75 vom 17.9.1975, S. 3 und 4.

11 Zahlenangaben für 1981; späteres Archivmaterial und damit aktuellere Daten, die jedoch nur geringfügige Abweichungen bringen dürften, stehen zur Zeit noch nicht zur Verfügung. Vgl. Protokoll Nr. 34/81, Sitzung des Sekretariats der Kreisleitung der SED der zentralen Organe der Gewerkschaften am 22.12.1981. Bericht über die Tätigkeit der Kreispartei kontrollkommission im Jahre 1981 (SED-BPA IV/D-4/18/050).

ihres Sekretariats bestand darin, in diesem Sinne die Wirksamkeit der politisch-ideologischen Arbeit als Herzstück der Parteiarbeit ständig zu erhöhen, die Funktionäre und Mitglieder unserer Kreisparteiorganisation für ihre Aufgaben ideologisch zu stählen und ihr revolutionäres Handeln stärker auszuprägen.¹²

- Über die Kaderpolitik wurde die Dominanz der SED auf personeller Ebene gesichert.¹³ Die Vorsitzenden der Vorstände aller Ebenen waren gleichzeitig qua Amt kooptierte Mitglieder der SED-Parteileitung der gleichen Ebene. Dieses System setzte sich nach unten bis in die Betriebe fort; 98,2 Prozent der BLG-Vorsitzenden der Kombinate, 47,5 Prozent der BGL-Vorsitzenden und 56,4 Prozent der AGL-Vorsitzenden waren Mitglieder der SED und somit „gesetzte“ Mitglieder der Parteileitungen der jeweiligen Ebene.¹⁴ Dadurch waren alle diese Funktionäre Nomenklaturkader sowohl der SED als auch des FDGB, gewissermaßen Doppel-Nomenklaturkader: Über ihre Verwendung entschied immer die jeweilige Parteiebene mit. Die Mitglieder des Sekretariats und die Abteilungsleiter des Bundesvorstandes waren als oberste Führungsgarnitur des FDGB ausschließlich Nomenklaturkader des Zentralkomitees der SED.

Die Kaderfrage war zugleich als „Klassenfrage“ und „erstrangige politische Aufgabe“ – so hieß es im Kaderbeschluß des FDGB¹⁵ – nicht allein eine Angelegenheit von SED und FDGB, sondern auch des MfS. Die Einsetzung in leitende Funktionen beim FDGB setzte eine Sicherheitsüberprüfung, zuletzt nach der „Richtlinie Nr. 1/82 zur Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen (GVS MfS 0008–14/82)“¹⁶ voraus, nach der es dem MfS im „engen politisch-operativen Zusammenwirken“ mit der betroffenen Organisation vorbehalten blieb zu prüfen, „ob die sozialistische Gesellschaft der betreffenden Person das für den vorgesehenen Einsatz bzw. das für die zu erteilende Erlaubnis oder Genehmigung erforderliche Vertrauen entgegenbringen kann oder ob aus anderen sicherheitspolitischen Gründen zum Schutz der Person und zur Verhinderung anderer Gefahren eine ablehnende Entscheidung erforderlich ist“¹⁷.

Die Mitteilung der aus den beim MfS bereits gespeicherten Daten, von IM und GMS personenbezogen erarbeiteten Informationen und aus der von

12 Kreisdelegiertenkonferenz Zentrale Organe der Gewerkschaften, 10.1.1981, S. 5/6 (SED-BPA IV/D-4/18/002).

13 Vgl. dazu Eckelmann, W./Hertle, H.-H./Weinert, R., FDGB-Intern. Innenansichten einer Massenorganisation der SED, Berlin-Ost 1990.

14 Vgl. Anm. 3, S. 31.

15 Vgl. „Die Arbeit mit den Kadern in den Gewerkschaften, die Schulung, Aus- und Weiterbildung der Gewerkschaftsfunktionäre“, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats S 525/77 vom 9.12.1977, S. 1.

16 Abgedruckt in Gill, D./Schröter, U., Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums, Berlin 1991, S. 295 ff.

17 Ebd., S. 298.

der gesellschaftlichen Organisation übergebenen Kaderakte gewonnenen Überprüfungsergebnisse erfolgte mündlich ausschließlich an zuverlässige Personen, „die vom staatlichen Leiter bzw. verantwortlichen Funktionär der gesellschaftlichen Organisation beauftragt sind und über den Umgang mit derartigen Informationen belehrt wurden“¹⁸. Das sicherheitspolitische Denken und Handeln der staatlichen Leiter und zuständigen Funktionäre gesellschaftlicher Organisationen sei so zu beeinflussen, heißt es in der Richtlinie weiter, „daß sie die durch das MfS getroffenen Entscheidungen akzeptieren, sich mit diesen gegenüber den überprüften Personen identifizieren und sie als ihre eigenen Entscheidungen ausgeben“¹⁹. Die Rolle, die kaderpolitischen Beschlüsse des Sekretariats und Präsidiums auf der Grundlage von Vorarbeiten der Kader-Abteilung vorzubereiten bzw. die vom MfS getroffenen Entscheidungen als ihre Kadervorschläge auszugeben, fiel der sechsköpfigen Kaderkommission des FDGB zu. Schriftliche Unterlagen dieser Kaderkommission sind im FDGB-Archiv bis auf eine Ausnahme nicht überliefert; die Kaderakten selbst wurden den Beschäftigten im Frühjahr 1990 – nach dem Vorbild des Modrow-Erlasses – ausgehändigt²⁰.

III.

Zu den Haupttätigkeitsfeldern des FDGB: In seiner 1989 erschienenen Untersuchung über den FDGB unterschied Ulrich Gill fünf Haupttätigkeitsfelder des FDGB: Ideologievermittlung („Schulen der sozialistischen Arbeit“), Arbeitsmobilisierung („Motor des sozialistischen Wettbewerbs“), Bereitstellung sozialer Dienste (Feriendienst, Sozialversicherung), Kaderrekrutierung und betriebliche Mitwirkung (Plandiskussion). Die für die Mitglieder bedeutsamste Rolle spielte der FDGB sicher als vom SED-Staat beliebener Anbieter knapper Sozialstaatsleistungen und als sogenannter „Haupterholungsträger der Werktätigen“, womit den FDGB-Mitgliedern ein „staatlich gefördertes und

18 Ebd., S. 315.

19 Ebd., S. 317.

20 Vgl. Verordnung über die Arbeit mit Personalunterlagen vom 22. Februar 1990. Die Verordnung Modrows, mit der die alte „Ordnung zur Führung von Personalakten“ (Ministerratsbeschluß 02–39/I.5/77) außer Kraft gesetzt wurde, wurde am 22. Februar 1990 vom Ministerrat bestätigt (BA/Abt. Potsdam C-20 I/3–2918). Die Verordnung definierte Personalunterlagen als „eine Sammlung schriftlicher Dokumente, die vom Werktätigen selbst vorgelegt wurden bzw. während seiner Berufstätigkeit mit seiner Kenntnis bzw. Zustimmung zum Bestandteil von Personalunterlagen erklärt wurden“ (§ 2) und legalisierte damit im Nachhinein die in großem Umfang von den Kaderabteilungen bereits zu diesem Zeitpunkt vorgenommenen Säuberungen der Kaderakten von Dokumenten, die ohne Wissen der Betroffenen gesammelt worden waren. Paragraph 4 regelte die Auflösung der vorhandenen Kaderakten: „Die Leiter der Organe und Betriebe veranlassen, daß schrittweise, spätestens beim Ausscheiden aus dem Betrieb, gemeinsam mit dem Werktätigen die vorhandenen Personalakten aufgelöst und alle nicht mehr benötigten Schriftstücke dem Werktätigen zur persönlichen Verfügung ausgehändigt werden.“

subventioniertes Äquivalent für die ihnen vorenthaltene Reisefreiheit“ gewährt wurde, wie es ein FDGB-Funktionär nach der Wende formulierte²¹.

Nach einer ersten Auswertung der Akten des FDGB-Bundesvorstandes müssen zu diesen Tätigkeitsfeldern jedoch zwei weitere wichtige Bereiche hinzugefügt werden:

1. die „Westarbeit“ des FDGB. Dem FDGB kam in der Politik der SED ein hoher Stellenwert bei der zielgerichteten Beeinflussung der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik zu, in dessen Mittelpunkt der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften standen. Dieser Stellenwert wurde von der SED ideologisch und historisch begründet: Ideologisch war die „Einheitsgewerkschaft“ für die SED die umfassende „Klassenorganisation“ der „Arbeiterklasse“ in der Bundesrepublik; in ihren Reihen sollte die „Aktionseinheit“ zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten artikuliert und durchgesetzt werden. Diesem Ziel war die „Westarbeit“ des FDGB verpflichtet²² (vgl. dazu Anhang 1: Zur „Westarbeit“ des FDGB).
2. die Ideologiekontrolle. Mit seinem hochformalisierten und ausdifferenzierten Berichtswesen verfügte der FDGB über ein wichtiges Instrument zur Erhebung, Erfassung und Auswertung von Informationen über das politische Verhalten der Beschäftigten, die in der Regel an das Zentralkomitee der SED und das Ministerium für Staatssicherheit weitergeleitet wurden.

IV.

Zur Ideologiekontrolle: Das Informations- und Berichtswesen des FDGB („Berichte über Stimmung und Meinungen der Mitglieder“; „Informationen über besondere Vorkommnisse“) beruhte auf Beschlüssen des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB²³ und erfüllte im wesentlichen drei Funktionen:

- der SED-Führung, dem MfS und nicht zuletzt der FDGB-Spitze republikweite Informationen über die politischen Diskussionen der Beschäftigten in den Betrieben zu geben;
- mögliche „Fehlentwicklungen“ und politische Konflikte frühzeitig zu erkennen und zu kanalisieren sowie
- abweichende Meinungen und abweichendes Verhalten individualisiert auszuweisen, um sie mit selektiven Integrations- und Repressionsmaßnahmen „bearbeiten“ zu können.

21 Vgl. Bund der IG/Gew./Geschäftsführender Vorstand (Hrsg.), Gewerkschaftskongreß zur Auflösung des FDGB, Berlin, 14. September 1990, S. 62.

22 Vgl. Manfred Wilke/Hans-Hermann Hertle, Das Genossenkartell. Die SED und die IG Druck und Papier/IG Medien, Frankfurt/M.-Berlin 1992.

23 Es bedarf einer Überprüfung, inwieweit das Berichtswesen der Massenorganisationen und Blockparteien vom MfS koordiniert und mit ihm abgestimmt war.

Die Bedeutung gerade dieses letzten Aspektes unterstreicht eine freie Rede des FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch auf einer internen SED-Veranstaltung im Januar 1979:

„Und weil es unsere Gewerkschaftsarbeit betrifft, Genossen, ich will Euch ein Beispiel aus Hoyerswerda im Bezirk Cottbus bringen. Da hauen 12 Dachdecker das Mitgliedsbuch der Gewerkschaft auf den Tisch und erklärten ihren Austritt. Warum erklären sie ihren Austritt, weil sie mit der Urlaubsregelung ab 1. Januar 1979 nicht einverstanden sind, das ist ihnen zu wenig. (...)

Warum sind sie nicht zufrieden (...)? Sie bringen das Argument, weil die Reinemachefrauen jetzt genau so viel Urlaub bekommen wie sie, das sei ungerecht. Ich muß Euch sagen, Genossen, das ist eine tolle Argumentation. (...) Welche Klassensolidarität, Genossen, und bei diesen zwölf Mann zwei Kommunisten, zwei Mitglieder unserer Partei. Also ich muß Euch sagen, die müssen ein tolles kommunistisches Bewußtsein haben, diese zwei Mitglieder unserer Partei. Und ein bißchen nachgehakt bei unseren Funktionären, da sagt da einer, na ja, das ist eine Kraftprobe von denen.

Genossen, so kann man nicht an ideologisch ernsthafte Fragen herangehen. Ich will nicht sagen, daß alle zwölf schlechte Menschen sind, aber für mich steht fest, ohne genau hinzugucken, Genossen, daß unter diesen zwölf ein Bandit sein muß, der diese Sache nur genutzt hat, um eine Gelegenheit zu finden, gegen den Arbeiter- und Bauernstaat anzustinken und den muß man finden und da darf man nicht sagen, das ist eine Kraftprobe, sondern da muß man analysieren, da muß man hinein in das Kollektiv und muß sich auseinandersetzen; denn wir stehen, möchte ich sagen, in einer harten Klassenseinsetzung und da muß man schärfer, gründlicher analysieren, wie die Lage hier und dort in jenem Kollektiv ist. (...)

Und wer noch, wie diese Kollegen dort glauben, die Gewerkschaft gegen die Partei mobilisieren zu können, gegen den Staat unserer Arbeiter- und Bauernmacht, die sollten immer wissen, daß nicht wir, sondern sie daran scheitern werden.²⁴

Die Lage in den Kollektiven gründlich und scharf zu analysieren, die „Banditen“ zu finden, die glaubten, die Gewerkschaft gegen die Partei mobilisieren zu können und gegen den Arbeiter- und Bauernstaat „anstanke“, eine „harte Klassenseinsetzung“ mit ihnen zu führen und diese Kollegen zum Scheitern zu bringen, war Aufgabe der im Zuständigkeitsbereich des Sekretärs für Organisation, Kader und Internationale Gewerkschaftsbeziehungen²⁵ angesiedelten Abteilung Organisation, die mit einer Ausstattung von 32 Politischen

24 Protokoll der SED-Kreisdelegiertenkonferenz der Zentralen Organe der Gewerkschaften am 20.1.1979, S. 19 ff./ZPA-SED IV D-4/18/001).

25 Die **Abteilung Internationale Gewerkschaftsbeziehungen**, intern treffender als „**Westabteilung**“ bezeichnet, war im wesentlichen mit der Planung, Vorbereitung und Realisierung der Beziehungen des FDGB zu den Gewerkschaften der Bundesrepublik befaßt. Die „eigentliche“ **internationale Arbeit** siedelte in der **Abteilung Internationale Verbindungen**.

Mitarbeitern zu den größten und wichtigsten Abteilungen des operativen Apparates des FDGB-Bundesvorstandes zählte.

Die Abteilung Organisation organisierte, koordinierte und wertete die Informationstätigkeit des FDGB aus und stützte sich dabei auf regelmäßig abzuliefernde Informationsberichte aller Organisationsebenen.²⁶ Der halbjährlich von ihr erstellte Informationsplan differenzierte zwischen regelmäßiger, periodischer und fallweiser Informationserhebung über die Entwicklung der Leitungstätigkeit auf den verschiedenen Organisationsebenen (Betrieb-Kombinat-Kreis-Bezirk), die Durchführung der Beschlüsse, die Entwicklung des Mitgliederlebens, die politische Stimmungs- und Meinungsentwicklung der Beschäftigten sowie sogenannte „besondere Vorkommnisse“. Der „Ordnung über die Erfassung und Übermittlung von Informationen über besondere Vorkommnisse“ zufolge waren Arbeitskonflikte und Arbeitsniederlegungen, Havarien und Brände, Massenunfälle und Katastrophen mit größeren Produktionsausfällen, Sabotageakte, direkter Feindeinfluß und Provokationen, Vorkommnisse in FDGB-Einrichtungen wie die Verletzung der Kaderprinzipien, Einbrüche, Diebstähle und Unterschlagungen sowie besondere Vorkommnisse mit in der DDR beschäftigten ausländischen Werkträgern von den Betriebsgewerkschaftsleitungen sofort den FDGB-Kreisvorständen zu melden, von dort an die FDGB-Bezirksvorstände weiterzuleiten, die schließlich die Abteilung Organisation zu unterrichten hatten.²⁷

Das Mißtrauen des Führungsapparates gegenüber den diesem langwierigen Instanzenweg innewohnenden Tendenzen zur Verdichtung, Verfälschung oder gar zur Verflüchtigung von Informationen – ironischerweise bestand gleichermaßen Furcht vor „Schwarzmalerei“ wie vor „Schönfärberei“ – war mit der Einrichtung einer Untersuchungsgruppe von fünfzehn sogenannten „Operativ-Instrukteuren“ in der Abteilung Organisation institutionalisiert worden. Den „Operativ-Instrukteuren“ war in der Regel jeweils das Organisationsgebiet des Zentralvorstandes einer Industriegewerkschaft/Gewerkschaft und eines

26 Grundlage dafür waren folgende Sekretariatsbeschlüsse: „Richtlinie über die Rolle, Aufgaben und Organisation der Gewerkschaftsinformation im System der wissenschaftlichen Leitungstätigkeit des FDGB“, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats S. 68/69 vom 10.2.1969; „Ordnung über die Erfassung und Übermittlung von Informationen über besondere Vorkommnisse“, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats S 239/73 vom 11.4.1973; „Beschluß zur Vereinfachung der schriftlichen Information der gewerkschaftlichen Grundorganisationen und Vorstände“, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats S 477/84 vom 15.8.1984.

27 „Ordnung über die Erfassung und Übermittlung von Informationen über besondere Vorkommnisse“, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats S 239/73 vom 11.4.1973. Darin heißt es: „Ausgehend von der Rolle der Gewerkschaften als Schulen der Leitung, der Wirtschaftstätigkeit und des Sozialismus müssen die Gewerkschaftsleitungen und Vorstände eine stärkere Kontrolle zur Einhaltung der sozialistischen Gesetze ausüben und konsequenter gegen Verletzungen der sozialistischen Demokratie auftreten. Die politisch-ideologische Überzeugungsarbeit zur weiteren Erhöhung des sozialistischen Bewußtseins muß in verstärktem Maße zur Erhöhung der Klassenwachsamkeit führen, damit Konfliktsituationen richtig erkannt und besonderen Vorkommnissen wirkungsvoller entgegengetreten werden kann“ (S. 1).

FDGB-Bezirk als Einsatzbereich zugeteilt, in dem sie je nach Informationsbedarf und Vorliegen „besonderer Vorkommnisse“ eigene Untersuchungs- und Aufklärungsarbeit leisteten; daneben oblag ihnen die Bearbeitung von an den FDGB-Bundesvorstand gerichteten Eingaben und Beschwerden der Mitglieder.

Die von der Abteilung Organisation erstellten „Berichte über die Stimmung und Meinungen der Mitglieder“ zu aktuellen politischen Ereignissen sowie die „Berichte über besondere Vorkommnisse“ enthielten im Verteilerkopf in der Regel ein „X“²⁸, welches das Ministerium für Staatssicherheit bezeichnete und wurden in einer eigens im Sekretariat der Abteilung Organisation des FDGB-Bundesvorstandes im Gebäude am Märkischen Ufer für das MfS eingerichteten Aktenablage deponiert, die von hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS – vermutlich aus den Hauptabteilungen XVIII bzw. XX – regelmäßig geleert wurde.

(Vgl. dazu Anhang 2: Die Erfassung der „besonderen Vorkommnisse“ und die praktische Tätigkeit des FDGB auf diesem Gebiet sowie Anhang 3: Die Rolle des FDGB bei der „Vorbeugung bzw. Zurückdrängung von Übersiedlungersuchen.“)

V.

Durch die Errichtung großer Massenorganisationen wie des FDGB, der FDJ, des Kulturbundes, der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft, politischer Institutionen wie der Nationalen Front und der Etablierung eines Blockparteien-Systems, deren gemeinsame Existenzvoraussetzung die Anerkennung des Führungsanspruches der SED war, entlastete sich die SED bei der politischen Führung des Landes ohne Gefahr zu laufen, ihre Monopolstellung zu verlieren. Die gesellschaftlichen Organisationen wiesen jedoch unter diesen Bedingungen – der gesellschaftlichen Zwangshomogenisierung – einen großen Nachteil auf: Die soziale Kommunikation funktionierte nur von oben nach unten, ohne wirksame, authentische Mechanismen der Rückkoppelung. In der SED-Diktatur wurde diese Funktion der Vermittlung und Rückkoppelung vorhandener, auch gegensätzlicher gesellschaftlicher Interessen durch ein engmaschiges, mehrfach ausgelegtes Netz der inneren Kontrolle und Überwachung ersetzt. Bei der Verfeinerung dieses Netzes leisteten die Massenorganisationen der SED einen wichtigen Beitrag, wobei dem FDGB als größter Massenorganisation die vermutlich bedeutendste Rolle zufiel.

Als die SED im Herbst 1989 ihre führende Rolle verlor, tuckerte der Motor aus, als dessen Transmissionsriemen sich der FDGB, seine Untergliederungen

²⁸ Gelegentlich beinhaltete der Empfängerkreis auch ein „Y“: die Bezeichnung für das Ministerium des Inneren

und Funktionäre stets verstanden hatten. Seine ungewerkschaftliche Tätigkeit und gewerkschaftliche Untätigkeit hatten den FDGB so umfassend diskreditiert, daß sich sein Zusammenbruch nahezu lautlos und sein Verschwinden unauffällig vollzog.

Anhang 1: Zur „Westarbeit“ des FDGB

Von Beginn der offiziellen Kontaktaufnahme im Jahr 1972 an betrachtete der FDGB seine Beziehungen zum DGB als „internationale Beziehungen“, die er als Ausführung der Beschlüsse der jeweiligen Parteitage, der ZK-Tagungen, des Politbüros und des ZK-Sekretariats der SED gestaltete. Jeder Schritt von Herbert Warnke erfolgte in Absprache mit Walter Ulbricht, später dann mit Erich Honecker. Bei Harry Tisch trieb diese Unterordnung geradezu skurrile Blüten hervor, wenn er etwa anlässlich der Anwesenheit einer Vetter-Delegation im Jahr 1976 Erich Honecker um Befreiung von der Teilnahme an der Politbüro-Sitzung ersuchte und den SED-Generalsekretär zugleich um Erlaubnis zur Teilnahme an einem Cocktail bei Günter Gaus in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bat²⁹.

Nicht im FDGB-Bundesausschuss, sondern im SED-Politbüro wurde über die Gesprächsinhalte und -ziele, über die Termine und die Programme der FDGB-DGB-Treffen entschieden. Sogar die Fragen von DDR-Journalisten auf Pressekonferenzen wurden auf Wunsch Tisches in der ZK-Abteilung für Agitation und Propaganda ausgedacht, aufgeschrieben und den Journalisten dann „übergeben“.³⁰

Zusammenfassend verfolgte die SED mit der FDGB-Westarbeit die Durchsetzung folgender Ziele:

1. die Unterstützung der Außenpolitik der KPdSU sowie der Deutschlandpolitik der SED insbesondere zur „Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zur weiteren Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus“, die Anerkennung der Existenz zweier souveräner deutscher Staaten und dadurch die Stärkung der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ in der DDR;
2. die Durchsetzung der Anerkennung der FDGB/DGB-Beziehungen als internationale Beziehungen durch die Zurückweisung jeglicher Bestrebungen nach innerdeutschen Sonderbeziehungen;
3. die gegenseitige Achtung und Respektierung des FDGB als gleichberechtigte „Gewerkschaft“;
4. die Zurückstellung ideologischer Gegensätze zugunsten der Betonung „gewerkschaftlicher“ Gemeinsamkeiten;
5. eine Differenzierungspolitik zugunsten der „demokratischen, fortschrittlichen Kräfte“ in den westdeutschen Gewerkschaften;

²⁹ Vgl. Schreiben von Harry Tisch an Erich Honecker, 19. Oktober 1976.

³⁰ Dies geht aus einem Schreiben von Tisch an den Leiter der Abteilung Agitation und Propaganda beim ZK der SED, Werner Lamberz, vom 4. November 1976 hervor. „Es wäre meines Erachtens zweckmäßig, daß für einige Journalisten aus der DDR Fragen vorbereitet werden, die sie bei dieser Gelegenheit an Vetter stellen könnten.“

6. die Erkundung und Weiterleitung von Meinungsunterschieden in den Delegationen, von politischen und „klimatischen“ Interna aus den Gewerkschaftsvorständen, politischen Differenzen zwischen den Gewerkschaften sowie zwischen DGB und SPD, um sie den eigenen Möglichkeiten und Zielen entsprechend auszunutzen;
7. die „aktive Einwirkung und Einbeziehung von 'Teilen der Arbeiterklasse der BRD' in den Prozeß der Sicherung des Friedens, der Entspannung und der Zusammenarbeit“³¹, wozu die Durchsetzung der Verurteilung der Rüstungs und Militärpolitik ausschließlich, mindestens aber primär der USA als ursächlich für die Gefährdung des Weltfriedens und der Entspannungspolitik in gemeinsamen, öffentlichen Stellungnahmen gehörte;
8. die Paralyisierung des „negativen Einflusses“ des DGB auf europäischer Ebene („Differenzierung im EGB“) sowie die Nutzung der deutsch-deutschen bilateralen Beziehungen als Vorstufe zur internationalen Anerkennung durch den Aufbau multilateraler Beziehungen (Forderungen nach einer „europäischen Gewerkschaftskonferenz“ und einer „Aktionseinheitspolitik“ in der internationalen Gewerkschaftsbewegung).

Von der Anerkennung durch die westdeutschen Gewerkschaften und die Präsentation gemeinsamer Erklärungen und Dokumente mit gemeinsamen Zielen sowie der angestrebten internationalen Anerkennung erhofften sich die SED- und FDGB-Funktionäre zugleich, ihre mangelnde Legitimation vor dem Staatsvolk durch die Bestätigung ihrer Politik von außen kompensieren zu können.

Hauptmerkmal der offiziellen Beziehungen zwischen DGB und FDGB nach 1972 war ihr Charakter als Spitzenfunktionärs-Diplomatie, die unter Ausschluß der Gewerkschaftsmitgliedschaft und über ihre Köpfe hinweg in den 80er Jahren immer reger entfaltet wurde. Die Beschränkung der Kontakte auf Spitzenfunktionäre³², ihre Quarantänisierung und die Verhinderung von unkontrollierbaren Begegnungen zwischen FDGB-Mitgliedern und Gewerkschaftsmitgliedern aus der Bundesrepublik gehörte zu den obersten Beziehungsspielregeln des FDGB³³, ihre Durchbrechung zumindest anfänglich zu den Besuchszielen des DGB. Der FDGB setzte seine Regeln durch.

31 FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats vom 27.10.1976, S 725/76, „Internationale Arbeit des FDGB nach der BRD“, S. 1.

32 „Eine Öffnung nach unten ist in den Beziehungen nicht vorgesehen“ (FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats vom 12.10.1976, S. 725/76, „Internationale Arbeit des FDGB nach der BRD“. S. 4.

33 Das zeigen insbesondere auch die politischen Schlußfolgerungen des Politbüros der SED aus den DGB-FDGB-Gesprächen im November 1976: „... alle Versuche der DGB-Führung, mit der Weiterführung der Beziehungen einen unkontrollierten, dezentralisierten Dialog der 'organisierten Arbeiterschaft' in Gang zu setzen, (sind) weiterhin zu unterbinden“ (siehe: Schreiben von Harry Tisch an Albert Norden, Einige politische Schlußfolgerungen, die sich aus den Gesprächen zwischen den Delegationen der Bundesvorstände des FDGB und des DGB (9. und 10. November 1976 in Berlin) ergeben, 17.11.1976).

Von einer Ausnahme abgesehen – dem Besuch einer DGB-Jugenddelegation, die ihren Besuch in der DDR 1988 abbrach, weil Kontakte zur Umweltbewegung und Zionskirche unterbunden wurden – konnte Harry Tisch in seinen Berichten an das Politbüro über all die Jahre die Unterlassung dessen vermelden, was nach SED-Auffassung „die sachliche Atmosphäre“ hätte stören können. Darunter verstand die SED insbesondere das Ansprechen des Menschenrechts-Korbes 3 der Schlußakte von Helsinki, Fragen der Grenzsicherung und der Staatsbürgerschaft sowie Zweifel an der historischen Endgültigkeit der DDR.

Nach einem Gespräch mit Ernst Breit teilte Harry Tisch im April 1989 Erich Honecker beruhigt mit, daß sich der Bundesvorstand des DGB im Unterschied zur BRD-Regierung und zur SPD „bislang nicht in die inneren Angelegenheiten der DDR einzumischen versucht bzw. Forderungen nach Veränderungen an die Gewerkschaft der DDR“ erhöhe.³⁴

Die Forderung nach uneingeschränkter Verwirklichung und Einhaltung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte zählte jedoch zu den festen Programmpunkten aller DGB-Bundeskongresse der Nachkriegszeit. In einer Entschließung der IG Metall hatte der DGB-Bundeskongreß 1982 alle Versuche zurückgewiesen, „die allgemeinen Menschen- und Gewerkschaftsrechte dadurch zu relativieren, daß man sie zur internen Angelegenheit einzelner Staaten degradiert“.³⁵ 1986 forderte der DGB-Bundeskongreß die Bundesregierung auf, ihr politisches Handeln an den Normen der Menschen- und Gewerkschaftsrechte zu orientieren.

Aber selbst im Herbst 1989, als es möglich wurde, die jahrzehntelang erhobenen Forderungen der Kongresse im anderen Teil Deutschlands praktisch wirksam werden zu lassen und einen gewerkschaftspolitischen Beitrag zur Durchsetzung demokratischer Grundrechte zu leisten, verbarg sich der DGB hinter der quasi-staatsmännischen Attitüde der Nicht-Einmischung, war ihm die Fähigkeit zur Unterscheidung von unerwünschter, „bevormundender“ Einmischung und praktischer Solidarität mit den arbeitenden Menschen in wechselnden historischen Situationen verloren gegangen. Siebzehn Jahre auf Spitzen-Diplomatie konzentriert, fernab von den demokratischen Bewegungen in der Gesellschaft der DDR, durchschlief der DGB den demokratischen Umbruchprozeß und wachte erst wieder auf, als die Nicht-Reformierbarkeit des FDGB im Frühjahr 1990 unübersehbar geworden war.

34 Schreiben Harry Tisch an Erich Honecker, 4. April 1989.

35 „Betr.: Menschen- und Gewerkschaftsrechte“, Antrag 64 des 12. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB 1982.

Anhang 2: Die Erfassung der „besonderen Vorkommnisse“ und die praktische Tätigkeit des FDGB auf diesem Gebiet

Die „Ordnung über die Erfassung und Übermittlung von Informationen über besondere Vorkommnisse“³⁶ machte Vorkommnisse in den Gewerkschaften, Havarien und Brände, Massenerkrankungen, Vorkommnisse mit ausländischen Werktätigen, Arbeitskonflikte und Arbeitsniederlegungen und Staatsfeindliche Handlungen meldepflichtig.

1. *Vorkommnisse in den Gewerkschaften*

Vorkommnisse in den Gewerkschaften bilden den Schwerpunkt aller besonderen Vorkommnisse und bezeichnen im wesentlichen den Verlust gewerkschaftlicher Mittel durch Unterschlagungen, Einbruch und Diebstahl. Die Verluste wurden für 1985 mit 777.000 Mark, 1986 mit 779.000 Mark, 1987 mit 444.000 Mark und 1988 mit 732.000 Mark beziffert. Als Ursache führen die Berichte immer wieder die Verletzung der Finanzrichtlinie des Bundesvorstandes des FDGB sowie die Nichtgewährleistung von Ordnung, Disziplin und Sicherheit an.³⁷

³⁶ Im ehemaligen zentralen Gewerkschaftsarchiv des FDGB, jetzt Archiv der Gewerkschaftsbewegung, sind nur einige dieser Berichte enthalten; die wenigen vorhandenen Exemplare sind zumeist Zufalls-Funde in von den Archivaren im Zuge der (Personal-)Wende des FDGB im November und Dezember 1989 in den Büros des alten Sekretariates sichergestellten Aktenbeständen, weshalb sich der Eindruck von bei der Abgabe übersehenen, nicht-kontrollierten oder nicht mehr kontrollierbaren Aktenbeständen bzw. -stücken aufdrängt. Von der gesamten Tätigkeit der Mitarbeiter der Abteilung Organisation sind nur wenige Schriftstücke, die „besondere Vorkommnisse“ betreffen, überliefert. – Vorhanden sind dagegen die für das Sekretariat des FDGB-Bundesvorstandes zusammengefaßten Berichte über „besondere Vorkommnisse“ der Jahre 1985–1988. Vgl. Information über besondere Vorkommnisse, die im Jahre 1985 dem Bundesvorstand des FDGB gemeldet wurden, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats vom 5.3.1986, Nr. S 117/86 (VVS B 401/1–04/86); Information über besondere Vorkommnisse, die im Jahre 1986 dem Bundesvorstand des FDGB gemeldet wurden, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats vom 11.3.1987, Nr. S 122/87 (VVS B 401–03/87); Information über besondere Vorkommnisse, die im Jahre 1987 dem Bundesvorstand des FDGB gemeldet wurden, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats vom 16.3.1988, Nr. S 136/88 (VVS B 401–07/88); Information über besondere Vorkommnisse, die im Jahre 1988 dem Bundesvorstand des FDGB gemeldet wurden, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats vom 1.3.1989, Nr. S 123/89 (VVS B 401–07/89). (ArchGew. A 200.o.Nr.).

³⁷ Beispiel: „IG Bau-Holz, Bezirk Berlin – VEB Ausbau Mitte. Die Sekretärin und ehrenamtliche Hauptkassiererin der Grundorganisation hat in der Zeit vom 1986 bis 1988 gewerkschaftliche Mittel in Höhe von 18.000 Mark unterschlagen. Sie manipulierte mit Buchungsbelegen. Da bekannt war, daß die Kollegin vom 19.-21.1.1989 eine genehmigte Reise nach Berlin (West) antreten wollte, hat die BGL-Vorsitzende den Paß abgefordert. Bei den zuständigen Organen erfolgte Anzeige. Die Untersuchungen sind eingeleitet. Maßnahmen zur strikten Einhaltung der Finanzrichtlinie des Bundesvorstandes des FDGB wurden festgelegt“ (Abt. Organisation, Information über besondere Vorkommnisse, Berlin 25.1.1989, S. 2).

2. Massenerkrankungen

Die gemeldeten Massenerkrankungen beruhen zumeist auf der Verletzung hygienischer Bestimmungen in den Betriebskantinen (unsachgemäße Aufbewahrung von Lebensmitteln bzw. Zubereitung von Speisen).

3. Havarien und Brände

Unter Havarien und Bränden werden durch Nichteinhaltung der Brandschutz- und Sicherheitsbestimmungen, der Arbeitsschutzordnung, Brandstiftung, Fahrlässigkeit, Bedienungsfelder, Verantwortungslosigkeit, Leichtsinn und den natürlichen Verschleiß an Maschinen und Anlagen verursachte Produktionsausfälle aufgelistet. Der wertmäßig erfaßte volkswirtschaftliche Schaden ist 1985 mit 222 Mio Mark, 1986 mit 854 Mio Mark, 1987 mit 480 Mio. Mark und 1988 mit 146 Mio. Mark ausgewiesen.³⁸

4. Vorkommnisse mit ausländischen Werkträgern

Bei Vorkommnissen mit ausländischen Werkträgern „handelt es sich vorwiegend um tätliche Auseinandersetzungen (häufig „infolge von Alkoholgenuß während bzw. nach Tanzveranstaltungen“³⁹; Verursacher waren oftmals DDR-Bürger“⁴⁰), Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit,

38 Beispiel 1: „IG Chemie, Glas und Keramik/Bezirk Halle – VEB Kombinat Chemische Werke Buna. Am 14.7.1988 kam es in o.g. Betrieb zu einer Havarie. Durch Platzen eines Schiebers an der Mitteldruckdampfleitung wurde ein Dampfaustritt verursacht. Dabei erlitten 4 Werkträger, darunter zwei polnische, Prellungen sowie Verbrühungen 1. und 2. Grades. Über die Höhe des entstandenen volkswirtschaftlichen Schadens liegt noch keine Information vor. Ein Produktionsausfall trat nicht ein. Die zuständigen Organe führen die Ermittlungen“ (Abteilung Organisation, Information über besondere Vorkommnisse, Berlin, 25.7.1988, S. 2/3.).

Beispiel 2: „IG Chemie, Glas und Keramik/Bezirk Halle – VEB Chemiekombinat Bitterfeld. Am 14.1.1989 kam es im P 3, Alu-Blockgießerei, Bau 209, zur Explosion eines Alu-Schmelzofens. Die Dachfläche, die Gießlinie, der Schmelzofen und die Krananlage wurden stark beschädigt. Der entstandene Sachschaden wird auf 5 Mio. Mark geschätzt. Bis zum 20.1.1988 trat ein Produktionsausfall in Höhe von 1 Mio. Mark ein. Durch die Explosion wurden 4 Werkträger (Strafgefängene) verletzt. Sie werden stationär behandelt. Zur Untersuchung der Ursache wurde eine Expertenkommission gebildet“ (Abt. Organisation, Information über besondere Vorkommnisse, Berlin, 25.1.1989, S. 3.).

39 Informationen über besondere Vorkommnisse, die im Jahre 1987 dem Bundesvorstand des FDGB gemeldet wurden, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats vom 16.3.1988, Nr. S 136/88 (VVS B 401–07/88), S. 6.

40 Information über besondere Vorkommnisse, die im Jahre 1988 dem Bundesvorstand des FDGB gemeldet wurden, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats vom 1.3.1989, Nr. S 123/89 (VVS B 401–07–89), S. 5.

Arbeitsverweigerung wegen Unkenntnis von Lohnzahlungsbedingungen sowie Arbeits- und Verkehrsunfälle⁴¹, Diebstahl an Volkseigentum⁴².

Fall 1:

“... werden nach Vietnam zurückgeführt!“

„IG Bau-Holz

Bezirk Dresden – VE Bau- und Montagekombinat, Kombinatbetrieb Industriebau Dresden.

Am 1.2.1989 wurden 55 vietnamesische Werkkräfte aus dem VEB-Kernkraftwerk Lubmin zum o.g. Kombinat planmäßig umgesetzt, 35 kamen auf die Baustelle nach Porschendorf und 20 nach Altenberg.

Sie waren trotz wiederholter Aussprachen bis vor kurzem nicht bereit, einen Arbeitsvertrag mit dem VE BMK Dresden zu unterschreiben und regelmäßig ihrer Arbeit nachzugehen. Als Gründe gaben sie an, eine zu hohe Lohninbuße bis zu 400,- Mark gegenüber der Tätigkeit im Kraftwerk, die dezentralisierte Unterbringung (zu weit von Dresden weg und zu nah an der Baustelle) sowie schlechte Luftverhältnisse in der Umwelt. Hinzu kommt, daß 5 ihrer Kollegen sie dazu anhielten, den Arbeitsvertrag nicht zu unterschreiben und diese das Kollektiv insgesamt negativ beeinflussten.

Das Ministerium für Bauwesen und das Staatssekretariat für Arbeit und Löhne haben gemeinsam mit den zuständigen Leitern und Funktionären des Betriebes sowie den vietnamesischen Werkkräften Aussprachen durchgeführt und zur Lösung der berechtigt angesprochenen Probleme am 31.3. bzw. 10.4.1989 zentrale Maßnahmen getroffen. Sie beinhalten u. a.:

- Die Verstärkung der politisch-ideologischen Arbeit;
- die Prüfung der Eingruppierung in Höhe Lohngruppen entsprechend dem Stand ihrer Qualifizierung, da ihre Entlohnung derzeit wirklich zu niedrig ist;
- den Kollegen durch Abstimmung mit dem Arbeiterberufsverkehr die Möglichkeit zu schaffen, sich mit Landsleuten in anderen Einsatzorten von Dresden treffen zu können;
- die Wohnbedingungen weiter zu verbessern;
- ab 1.1.1990 die o.g. Kollegen zum Kombinatbetrieb nach Dresden umzusetzen.

In einer Beratung am 10.4.1989 hat das Staatssekretariat für Arbeit und Löhne unter Teilnahme der Botschaft und dem Kombinatbetrieb Dresden

41 Information über besondere Vorkommnisse, die im Jahre 1985 dem Bundesvorstand des FDGB gemeldet wurden, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats vom 5.3.1986, Nr. S 117/86 (VVS B 401/1-04/96), S. 4.

42 Information über besondere Vorkommnisse, die im Jahre 1986 dem Bundesvorstand des FDGB gemeldet wurden, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats vom 11.3.1987, Nr. S 122/87 (VVS B 401-03/87), S. 4.

die eingeleiteten Maßnahmen den betreffenden vietnamesischen Kollegen erläutert. Sie sind damit einverstanden, unterzeichneten am gleichen Tag ihren Arbeitsvertrag und gehen wieder ordnungsgemäß ihrer Tätigkeit nach.

In Absprache mit der Botschaft wird die Gruppenleitung dieser Kollegen jedoch ab- und in andere Baubetriebe umgesetzt, da sie ihrer Verantwortung in diesem Konflikt nicht gerecht wurde.

Die des weiteren bereits genannten fünf Kollegen, die sich gegen das Kollektiv stellten und den Konflikt verschärfen, werden nach Vietnam zurückgeführt.⁴³

Damit war der Fall aber noch nicht abgeschlossen. Vermutlich um der Abschiebung zu entgehen, richtete (...) einer der fünf vietnamesischen Beschäftigten, eine Eingabe an Harry Tisch, in der er offensichtlich erneut auf die unzureichenden Arbeits- und Wohnbedingungen seines Kollektiv hinwies.⁴⁴ In einer „Notiz“ der Abteilung Organisation über die daraufhin durchgeführten Gespräche hieß es:

„Die vietnamesischen Gewerkschaftsvertreter betonten, daß die vorliegende Eingabe im Auftrag von (...) vom ehemaligen Gruppenleiter (...) geschrieben wurde. Der Kollege (...) hatte bisher negativen Einfluß genommen auf die vietnamesischen Werk tätigen in Porschendorf. Kollege (...) arbeitet seit Mai 1989 im Mähdrescherwerk Singwitz.

Die zuständigen Organe der DDR und die Botschaft der SRV haben festgelegt, 5 vietnamesische Werk tätige, die die sozialistische Gesetzlichkeit in der DDR und die Vereinbarungen beider Länder verletzt haben, nach Vietnam zurückzuführen. Im Monat April wurden 3 vietnamesische Werk tätige in ihre Heimat zurückgeführt. Der Kollege (...), der sich der Zurückführung entzog, wurde am 10.5. von den zuständigen Organen der DDR festgenommen. Kollege (...) ist seit dem 19.4.1989 unauffindbar und gegen ihn wird gefahndet.“⁴⁵

In dem Gespräch bestätigten die vietnamesischen Beschäftigten aber auch, daß ihr durchschnittliches Monatseinkommen von 550,- Mark die beabsichtigte Unterstützung ihrer Familien in Vietnam nicht gewährleiste und ihnen deshalb – erst recht im Vergleich zum wesentlich höheren Durchschnittsverdienst der DDR-Arbeiter – zu wenig sei. Gegenüber den Argumenten der Betriebsleitung und der FDGB-Vertreter verhielten sie sich reserviert: „Die verantwortlichen Funktionäre des KBI (Kombinatsbetrieb Industriebau, d. Vf.) haben bisher mehrmals mit den vietnamesischen Werk tätigen über die im Betrieb geltenden Lohnformen und arbeitsrechtlichen Regelungen gesprochen.

43 Abt. Organisation, Information über besondere Vorkommnisse, Berlin, 12.4.1989, S. 1/2.

44 Der Text dieser Eingabe ist nicht überliefert.

45 Notiz über die am 10.5.1989 durchgeführten Gespräche zur Eingabe vietnamesischer Werk tätiger an den Vorsitzenden des Bundesvorstandes des FDGB, Kollegen Harry Tisch, 11.5.1989, S. 1/2.

Es zeigt sich aber nach wie vor, daß die vietnamesischen Werk­tätigen mehr Lohn haben möchten. Von den Funktionären des Betriebes wird weiterhin darauf Einfluß genommen, daß der Erkenntnisprozeß weiter vertieft wird, um eine Übereinstimmung von Qualifikation, Leistung und Lohn zu erreichen.“⁴⁶ Folgt man der „Aktennotiz“, hielt die Unzufriedenheit ihres Kollektivs die vietnamesischen Beschäftigten-Vertreter nicht davon ab, sich abschließend von der Eingabe zu distanzieren und die Sache damit für erledigt zu erklären.

5. *Arbeitskonflikte und Arbeitsniederlegungen*

Im Zusammenhang mit Arbeitskonflikten erklärten „die Mitglieder oftmals ihre Absicht, aus dem FDGB auszutreten, um damit der Lösung langanhaltender Probleme Nachdruck zu verleihen“ (1989, 3). Als Anlaß für Arbeitskonflikte und Arbeitsniederlegungen heben die Jahresberichte immer wieder „ernsthafte Versäumnisse in der politisch-ideologischen Arbeit mit den Werk­­tätigen“, „die Nichtbeachtung ihrer Vorschläge und Hinweise“, „administrative Handlungsweisen“ und „unzureichende Arbeits- und Lebensbedingungen“ hervor.⁴⁷

An Arbeitskonflikten bzw. Arbeitsniederlegungen waren 1985, 1992, 1987 841 und 1988 449 Beschäftigte beteiligt (für 1986 keine Angaben).

Fall 2:

“... trotz mehrmaliger Aussprachen beharren beide auf ihrem Entschluß!“
„Gew. Gesundheitswesen

Bezirk Berlin – Pharmazeutisches Zentrum, Apotheke Otto-Winzer-Straße

In der o.g. Einrichtung erklärten die Apothekenfacharbeiterinnen (...) (20), Mitglied des Kreisvorstandes der Gewerkschaft Gesundheitswesen, und (...) (19), zunächst ohne Begründung, ihren Austritt aus dem FDGB. Trotz mehrmaliger Aussprachen durch den BGL-Vorsitzenden, den Parteisekretär, den staatlichen Leiter und den Kreisvorsitzenden beharren beide auf ihrem Entschluß.

In einem Gespräch am 28.6.1988 nannte Kollegin A. folgenden Grund; sie wolle ein Achtungszeichen setzen, damit gerechter für die Werk­­tätigen entschieden und die Interessenvertretung konsequenter wahrgenommen werde.

Als Beispiele führte sie an:

– keine Leistungsentlohnung für mittlere Kader im Gesundheitswesen;

⁴⁶ Ebd., S. 5.

⁴⁷ Information über besondere Vorkommnisse, die im Jahre 1987 dem Bundesvorstand des FDGB gemeldet wurden, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats vom 16.3.1988, Nr. S 136/88 (VVS B 401–07/88), S. 4; Informationen über besondere Vorkommnisse, die im Jahre 1988 dem Bundesvorstand des FDGB gemeldet wurden, FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats vom 1.3.1989, Nr. S 123/89, S. 3.

- die große Diskrepanz im Nettolohn der Facharbeiter im Gesundheitswesen zu vielen Betrieben und zum Handel, im Vergleich zu den hohen Anforderungen an Wissen und Können;
- Arbeitszeit über 10 Stunden täglich in anderen Bereichen möglich (zum Herausarbeiten eines regelmäßigen freien Nachmittages);
- die Nichteinhaltung der vorgeschriebenen Freizeit zwischen zwei Schichten in anderen Betrieben.

Die Gespräche werden unter Verantwortung des Kreisvorstandes weitergeführt.“⁴⁸

6. *Staatsfeindliche Handlungen*

Unter „staatsfeindlichen Handlungen“ wurden „faschistische Schmierereien“, „provokatorisches Auftreten gegenüber führenden Genossen der SED“, anonyme Bombendrohungen, anonyme Schreiben an Leitungen bzw. Funktionäre der Organisation, Republikflucht sowie Unterschriftensammlungen aus politischen Anlässen (wie z. B. aus Protest gegen die Verhaftungen nach der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration am 17.1.1988 oder die blutige Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung im Sommer 1989) erfaßt.

Fall 3:

Die „Mauerkrankheit“ oder: „Untersuchen, wie Lage in dem Kollektiv – wer der Wortführer – und Auseinandersetzung führen!“

Am 29. November 1988 übersandte der AGL-Vorsitzende eines Kollektivs des VEB Chemieanlagenbaus Leipzig/Grimma, GAN Betriebsteil Schwedt, Baustelle Frankfurt/Oder, Harry Tisch das Protokoll einer unter dem Thema „Fragen zur Zeit“ durchgeführten Gewerkschaftsversammlung, in der kritische Fragen zur Subventionspolitik, zu den Versorgungsunterschieden zwischen Berlin, den anderen Bezirken und ländlichen Gebieten, zur nicht-praktizierten Umweltpolitik, zu den Reiseeinschränkungen, völlig unzureichenden Dienstleistungen und zur kritiklosen Informationspolitik gestellt worden waren. „Der Genosse P. vom FDGB-Kreisvorstand versuchte, einen Teil dieser Fragen sehr ausführlich zu beantworten“, hieß es am Ende des Protokolls, „wobei er oft vom eigentlichen Kern der Probleme abwich und somit die Unzufriedenheit der meisten Kollegen hervorrief. Die Begründungen für die angesprochenen Unzulänglichkeiten waren für sie derart unzureichend, daß einige enttäuscht die Veranstaltung vorzeitig verließen.“⁴⁹

Man wolle mit der Zuwendung der protokollierten, kritischen Fragen „auf einige Sachverhalte aufmerksam machen“, schrieb der AGL-Vorsitzende dem

48 Abteilung Organisation, Information über besondere Vorkommnisse, Berlin, 25.7.1988, S. 1/2.

49 VEB CLG, GAN BT Schwedt, Baustelle Frankfurt/Oder, Protokoll über die Gewerkschaftsversammlung vom 16.10.1988, Frankfurt/O., den 15.11.1988, S. 3.

„werten Herrn Tisch“, „die nicht in jedem Falle mit den fast nur positiven Darstellungen aller Bereiche unseres Lebens durch Presse, Rundfunk und Fernsehen übereinstimmen. Wir sind der Meinung, daß man ähnlich wie inzwischen in der Sowjetunion dazu übergehen sollte, über anstehende Probleme o f f e n zu diskutieren und kritische Hinweise anzunehmen, um dann gemeinsame Wege zu finden, negativen Erscheinungen zu begegnen.

Nur in diesem Sinne möchten wir die im Protokoll enthaltenen Fragen verstanden wissen und hoffen, daß deren weitere Diskussionen auch auf höherer gewerkschaftlicher Ebene dazu beitragen wird, unsere sozialistische Gesellschaft auf demokratischem Wege weiter zu vervollkommen und zu festigen.“⁵⁰

An diese lautere Absicht verschwendete Tisch jedoch keinen Gedanken: „Genosse Lindner, sofort mit BV (Bezirksvorstand des FDGB, d. Vf.) Frankfurt und Absprache mit BL (Bezirksleitung der SED, d. Vf.) Frankfurt/Od. untersuchen, wie Lage in dem Kollektiv – wer der Wortführer und Auseinandersetzung führen“, ordnete er handschriftlich auf dem Anschreiben an.“⁵¹

Nur wenige Tage später teilte ihm der Vorsitzende des FDGB-Bezirksvorstandes Frankfurt/Oder nach mehreren „differenzierten Aussprachen“ mit dem AGL-Vorsitzenden, der Bauleitung, der Abteilungsgewerkschaftsorganisation und zwei identifizierten Wortführern der Versammlung einen ersten „Bearbeitungsstand“⁵² mit: Der im Protokoll dargestellte Verlauf der Versammlung sei nicht exakt und der Wahrheit entsprechend wiedergegeben; das „klassenmäßige Auftreten“ des Sekretärs des Kreisvorstandes erscheine „entstellt“. Mit dem gewerkschaftlichen Mitgliederleben im Kollektiv hapere es; es sei „nicht planmäßig und zielgerichtet organisiert“. Weil nur zwei SED-Mitglieder im Kollektiv arbeiteten, sei zudem der parteimäßige Einfluß äußerst gering. Etwa die Hälfte des Kollektivs habe in der letzten Zeit Reisen in die BRD und andere kapitalistische Länder unternommen, ein Mitglied habe einen Antrag auf Ausreise in die BRD gestellt. Eine Anfrage beim Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt/O. habe ergeben, daß 20 der 29 Mitarbeiter des Kollektivs in fernbeheizten Komfortwohnungen wohnten; Lohn, Gehalt und Zielprämien lägen weit über dem Durchschnitt des Stadtkreises.⁵³ Die sozialen Verhältnisse, sollte mit dieser Einlassung wohl suggeriert werden, könnten keinen Anlaß für die Unzufriedenheit bieten; die Aufsässigkeit mußte politische Gründe haben – und diese galt es aufzuspüren.

50 VEB CLG, GAN BT Schwedt, Baustelle Frankfurt/Oder, Schreiben an Harry Tisch, 29.11.1988.

51 Ebd. Lothar Lindner war Vorsitzender des Zentralvorstandes der IG Bau-Holz.

52 Vgl. zum folgenden: FDGB-Bezirksvorstand Frankfurt/Oder, Der Vorsitzende, Schreiben an Harry Tisch, 9.12.1988.

53 Rat der Stadt Frankfurt, Oberbürgermeister, Schreiben an den FDGB-Kreisvorstand Frankfurt/O., 7.12.1988.

Die Gespräche führten zu folgendem Ergebnis: Die Mitglieder der Bauleitung distanzieren sich von der Eingabe und der AGL-Vorsitzende im nachhinein von seiner Unterschrift, weil er sich der politischen Tragweite und seiner Verantwortung nicht bewußt gewesen sei – eine kadermäßige Veränderung in dieser Funktion werde eingeleitet. Auch die Wortführer wurden ding- und vor allem namenfest gemacht: „Deutlich wurde aber, daß es Kräfte gibt (H., M., S.), die bereits seit einem längeren Zeitraum einen negativen Einfluß auf das Kollektiv ausüben und provozierend auftreten. Diese Kräfte haben maßgeblichen Anteil an der Erstellung und Versendung des Protokolls. Sie zeigten sich in der geführten Aussprache uneinsichtig!“ Zur Charakterisierung von H. habe der Baustellenleiter geäußert, „daß H. selbst vor einiger Zeit in der BRD weilte und nach seiner Rückkehr zum Ausdruck brachte, daß – wenn man das alles in der BRD sieht, was es gibt (volle Schaufenster usw.) – man die 'Mauerkrankheit' bekommt. H. hat starke westliche Kontakte und ist kirchlich gebunden. Seine Schwester war bei einer Botschaftsbesetzung dabei und ist inzwischen in die BRD ausgereist.“

Dies sei nur ein Zwischenbescheid; es erfolgten weitere Beratungen zur planmäßigen und zielstrebigem politisch-ideologischen Arbeit in der Abteilungsgewerkschaftsorganisation und über die kadermäßige Stärkung der AGL sowie persönliche Gespräche mit allen Mitgliedern der Abteilungsgewerkschaftsorganisation.

Fall 4:

Protest gegen das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Juni 1989 oder: „.... massiert gegen diese formierte Opposition auftreten!“

„KV Berlin-Pankow des FDGB/IG Metall

VEB Kombinat Zentraler Industrieanlagenbau der Metallurgie Berlin.

Der KV Berlin-Pankow des FDGB informierte am 28.06.1989 darüber, daß 30 Kollegen aus dem Bereich Projektierung im o.g. Betrieb einen Brief an die Botschaft der VR China mit folgendem Inhalt unterschrieben haben:

'Abschrift

Berlin, 23.06.1989

Botschaft der Volksrepublik China

Heinrich-Mann-Straße 9

Berlin, 1110

z.Hd. d. Botschafters

Exzellenz!

Tiefe Besorgnis, Trauer und Befremdung lösen in uns Vorfälle in Ihrem Land aus, die im Zusammenhang mit den Verurteilungen und Hinrichtungen zahlreicher Bürger bekannt wurden. Wir stehen empört der Art und Weise, wie Sie mit den Verurteilten verfahren, gegenüber. Ohne uns in Ihre staatli-

chen Angelegenheiten einmischen zu wollen, müssen wir jedoch feststellen, daß die staatliche öffentliche Erniedrigung und Demütigung der Verhafteten, ihre öffentliche Zurschaustellung und grausame Hinrichtung eine unwürdige Prozedur darstellt, die sich unserem Verständnis von einer zivilisierten Nation, wie sie in den UN-Menschenrechtskonventionen gefordert wird, entzieht.

Wir bitten Sie im Namen der Zivilisation:

Gehen Sie gerecht mit den Verhafteten um! Unterlassen Sie bitte diese Entwürdigung Ihrer Landsleute!

Begnadigen Sie die zum Tode Verurteilten!

Lassen Sie sich nicht weiter von Angst und Haß leiten, denn es ist schon genug Blut vergossen worden!

Gewerkschafter des Bereiches Projektierung

im

VEB Kombinat Zentraler Industrieanlagenbau
der Metallurgie Berlin.'

Die bisher geführten Gespräche machten sichtbar, daß hinter diesem Brief Mitglieder des 'Friedenskreises' stehen. Mit dem Kollektiv gab es bereits in der Vergangenheit Probleme, so u. a. bei der Einführung der Produktivlöhne und der Entbindung des Koll. F. von seiner Funktion als BGL-Vorsitzender aufgrund von Kontakten sowie begangenem Vertrauensbruch.

Zur Auswertung des Vorkommnisses nahm der Vorsitzende des KV Berlin-Pankow des FDGB am 29.06.1989 an der Parteileitungsberatung teil. Die bisher geführten Aussprachen machten sichtbar, daß von den 30 Unterzeichnern 27 ermittelt wurden. Darunter ist ein Vertrauensmann. Von 27 Kollegen äußerten sich 3 Kollegen in provokatorischer Weise und beharrten auf ihrem Standpunkt.

Festgelegte Maßnahmen:

1. Der Vorsitzende des KV Berlin-Pankow des FDGB nimmt am 29.06.1989 an der AGL-Sitzung teil.
2. In der nächsten Woche erfolgt eine Aussprache mit den betreffenden Kollegen im Beisein des Vors. des KV Berlin-Pankow des FDGB.

Die zuständigen Organe sind informiert.⁵⁴

Mit welchen Mitteln die Unterzeichner dazu bewegt wurden, sich von ihrem Protestbrief zu distanzieren und sich beim chinesischen Botschafter gar zu entschuldigen, wird aus einer namentlich nicht unterzeichneten Aktennotiz „Information VEB ZIM“ vom 30. Juni 1989 ersichtlich:

⁵⁴ Bezirksvorstand Berlin des FDGB/Abteilung Organisation, Information über ein besonderes Vorkommnis, Berlin, 29.06.1989

„Nach der Durchführung des gemeinsamen Ansehens der Dokumentation vom Peking Fernsehen wurde mit allen eine Aussprache geführt. Zu dem Zeitpunkt vertraten die Kollegen noch die Meinung, bei ihrem Standpunkt zu bleiben. Nachdem sich der geistige Kopf durch 3 Kollegen herauskristallisiert hatte, wurde in der Parteileitung und BGL festgelegt:

1. massiv gegen diese formierte Opposition aufzutreten,
2. mit den anderen Werktätigen geduldig in der politischen Massenarbeit (gewerkschaftliches Mitglierleben) weiter die Auseinandersetzung zu führen,
3. gegen staatliche Leiter, die ihrer politischen Verantwortung nicht gerecht wurden, disziplinarisch vorzugehen.

Als erstes fand die Aussprache mit den 3 Kollegen gestern statt, die der Generaldirektor führte, wo ihnen klargemacht wurde, daß auf Grund des Vertrauensbruches, der zwischen ihnen und der Leitung entstanden ist und wo ihnen nahegelegt wurde, ihre Haltung zu ändern, kameradschaftlich auf der Grundlage der Beschlüsse und Gesetze des Betriebes aufzutreten oder sich vom Betrieb zu trennen.

In dieser Aussprache haben die Kollegen sich bereiterklärt, ihre Haltung zu ändern, mit allen 28 Werktätigen nochmals auf der Grundlage eines neuen überarbeiteten Briefes zu reden (siehe Anlage). Und damit haben sie ihre Konfrontation gegenüber der Leitung des Betriebes aufgegeben.

Als zweites wurde gestern in der AGL-Sitzung der Standpunkt herausgearbeitet, daß es nur eine Schlußfolgerung geben kann: Vertiefung und Verstärkung der politisch-ideologischen Arbeit in den Gewerkschaftskollektiven, d. h. Sicherung der monatlichen Mitgliederversammlungen, Schulen der sozialistischen Arbeit, vor allen Dingen in den Gewerkschaftsgruppen, aus denen der Brief kam. Unterschrieben hatten 1 Vertrauensmann und 1 AGL-Mitglied.

Der KV FDGB und IG Metall werden Anfang Juli, beginnend in der nächsten Woche, in Abstimmung mit der Parteileitung und BGL die Aussprachen in den Gewerkschaftsgruppen durchführen, die von der AGL selbst organisiert und geführt werden und an denen Genossen des KV FDGB teilnehmen.

'Entwurf

Berlin, den 29.06.1989

Botschaft der Volksrepublik China

z.Hd. des Botschafters

Heinrich-Mann-Straße 9

Berlin

1110

Werte Exzellenz!

Mit Empörung und Betroffenheit haben wir in einer Fernsehsendung des Staat-

lichen Fernsehens der DDR am 28.6.1989 von den wahren Begebenheiten und Greueln im Zusammenhang mit den konterrevolutionären Ereignissen in Ihrem Lande erfahren.

Unter dem Eindruck der Dokumentation und im Ergebnis der anschließend geführten Aussprache mit der Staatlichen Leitung, der Partei- und Gewerkschaftsleitung unseres Betriebes distanzieren wir uns eindeutig von unserem Schreiben vom 23.06.1989, das ohne Wissen der Leitung des Kombinates Zentraler Industrieanlagenbau an Sie abgeschickt wurde.

Wir möchten uns in aller Form bei Ihnen entschuldigen.’⁵⁵

⁵⁵ Information VEB ZIM, Berlin, den 30.6.1989 (ohne Angabe des Verfassers).